№ 4472. Freitag, 4. October. (Abend-Ausgabe.) 1867.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Commerzienrath Johann Friedrich Woehlert zu Berlin den Kgl. Kronen-Orden 3. Klasse zu verleihen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 12½ Uhr Nachmittags.

Florenz, 4. Oct. Garibaldi hatte am 2. d. Caprera verlassen, wurde aber angehalten und zurückgeführt. Ein Avisodampfer bewacht ihn in Sicht. — Die päpstlichen Truppen haben Acquapendente zurückerobert. Die Insurrection dauert fort.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hechingen, 3. Oct. II. MM. der König und die Königin von Preußen, sowie der Kronprinz trafen gestern Abend hier ein und begaben sich nach festlichem Empfang sofort nach Schloß Lindich. Die Burg Hohenzollern, welche in bengalischer Beleuchtung weit in das Land hineinstrahlte, gab Salutschüsse.

Hechingen, 3. Oct. Auf die Ansprache des Stadtschultheiß erwiederte S. M. der König: „Ich danke Ihnen für Ihre inhaltreiche Ansprache. Zum vierten Male, und jetzt zum ersten Male seit meiner Thronbesteigung, habe ich die hohenzollernschen Lande mit Genugthuung besucht, und ich freue mich, daß ich es dies Mal auch mit besonderer Anerkennung thun kann. Sie haben auch die großen Ereignisse der jüngst vergangenen, so bewegten Zeit erwähnt, in welcher die hohenzollernschen Lande sich in ihrer von mir erwarteten Treue bewährt, und in den dadurch herbeigeführten eigenthümlichen Verhältnissen ihre Anhänglichkeit an mein Haus gezeigt haben. Ich bin sogar mit der Absicht in diese Lande gekommen, um ihnen meinen Dank für die Betheiligung an dieser Gesinnung auszusprechen.

Paris, 3. Oct. Hierher gelangte Berichte aus Florenz vom gestrigen Tage stellen die Gerüchte über das Vordringen der Garibaldianer auf päpstlichem Territorium als übertrieben dar. Nur einzelne Individuen sollen ohne Waffen die Grenze überschritten haben; mehrere sind aus Mangel an Führung und an Mitteln bereits wieder zurückgekehrt. Zu ernsten Conflicten ist es bis jetzt in der Provinz Viterbo nicht gekommen. Die Insurgenten behaupten sich nur in einigen kleinen Ortschaften.

Paris, 3. Oct. Die „Patrie“ will wissen, daß der italienische Gesandte Nigra sich nur in der Absicht nach Biarritz begeben habe, um dem Kaiser genaue Mittheilungen über die Angelegenheit Garibaldis zu machen. — Der „Etendard“ bemerkt gegenüber den fortdauernden Gerüchten über die neuesten Vorgänge im Kirchenstaate, daß seit zwei Tagen sich nichts ereignet habe, was irgendwie bemerkenswerth sei.

Paris, 3. Oct. Ein der „Epoque“ zugegangenes Communiqué dementirt die Mittheilung, daß die Marschälle Niel und Rigault de Genouilly augenblicklich in Biarritz verweilen; ebenso wird in Abrede gestellt, daß Drouyn de l'Huys und Prinz Napoleon nach Biarritz berufen seien; die Minister Rouher und Lavalette hätten sich nur in der Absicht nach Biarritz begeben, um dem Kaiser über Angelegenheiten ihres Ressorts Vortrag zu halten; es werden außerdem die Angaben über eine zweite Circulardepesche Moustiers sowie über den Abschluß eines Vertrages zwischen Frankreich und Italien für unbegründet erklärt.

Wien, 3. Oct. Die „Abendpost“ erklärt die Angabe mehrerer Blätter für unbegründet, daß das österreichische Cabinet eine vertrauliche Depesche wegen Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes an die französische Regierung gerichtet habe.

Karlsruhe, 3. Oct. Die Kammer der Abgeordneten nahm einstimmig einen Gesetzentwurf an, betr. die Abänderung, beziehungsweise die Ergänzung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde. Es wird dadurch der passive Wahlcensus bei den Wahlen der Abgeordneten abgeschafft und festgesetzt, daß Kammermitglieder wegen ihrer Aeußerungen und Abstimmungen bei den Verhandlungen nur nach Maßgabe der Geschäftsordnung zur Verantwortung gezogen werden können.

Hamburg, 2. Octbr. In der heutigen Bürgerschafts-Sitzung wurde der Antrag des Senats auf Einsetzung einer gemischten Commission behufs Prüfung der durch den Anschluß Hamburgs an den Norddeutschen Bund hervorgerufenen wirthschaftlichen und finanziellen Fragen nach erregter Debatte mit großer Majorität angenommen; dagegen lehnte die Bürgerschaft einen Zusatzantrag von Woermanns und Genossen ab, nach welchem der gemischten Commission gleichzeitig ein Mandat ertheilt werden sollte zu unparteiischer Prüfung der Frage, ob die Freihafenstellung oder der Anschluß Hamburgs an den Zollverein dem Gesammtinteresse Hamburgs am meisten entspreche.

Frankfurt a. M., 3. Octbr., Abds. Effecten-Societät. Anfangs schwankend, dann fest schließend. Credit-Actien 162⅜, 1860er Loose 64¾, Steuerfreie Anleihe 45½, Staatsbahn 216½, Amerikaner 74⅜.

Frankfurt a. M., 3. Oct., Nachm. 1 Uhr. Fest und sehr animirt. Amerikaner 74 11/16—74¾, Credit-Actien 162½—163½, 1860er Loose 65, Staatsbahn 217½—218.

Frankfurt a. M., 3. Octbr., Nachm. 2½ Uhr. Sehr fest und sehr lebhaft. Neue Badische Prämienanleihe 94. Nach Schluß der Börse Credit-Actien 163¾, 1860er Loose 65½.

Wien, 3. Octbr. Abendbörse. Fest. Credit-Actien 172,20, Nordbahn 167,00, 1860er Loose 80,60, 1864er Loose 71,40, Staatsbahn 231,40, Galizier 203,25, Napoleonsd'or 10,01½.

Paris, 3. Octbr., Nachm. 1¾ Uhr. Anfangs günstiger, jetzt wieder sehr flau. 3% Rente 67,50, Italienische Rente 44,90, Credit mobilier 160,00.

Paris, 3. Oct. Bankausweis. Vermehrt: Portefeuille um 53, Vorschüsse auf Werthpapiere um ⅗, Notenumlauf um 34⅝, laufende Rechnungen der Privaten um 9⅛ Millionen Frcs. Vermindert: Baarvorrath um 25⅞, Guthaben des Staatsschatzes um 11 Millionen Frcs.

London, 3. Oct. Anfangs fest, jetzt flau. Consols eröffnen 94 7/16, Amerikaner 71⅞, Italienische Rente 45⅞.

London, 3. Oct. Bankausweis. Notenumlauf 24,877,015 (Zunahme 1,468,910), Baarvorrath 24,494,115 (Zunahme 46,272), Notenreserve 13,619,550 (Abnahme 1,210,205) £.

London, 3. Oct. Kühles Wetter. — Aus New-York vom 2. d. Mts. Abends wird pr. atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109, Goldagio 43⅞, Bonds 113, Illinois 121½, Eriebahn 66½, Baumwolle 22, raffinirtes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 35.

Norddeutscher Reichstag.

13. Sitzung am 3. October.

Die Tribünen sind besetzt. Präsident: Herzog v. Ujest. Am Tische der Bundes-Commissare: Hr. v. Friesen, der den Grafen Bismarck während seiner Abwesenheit vertritt. Präsident Delbrück bringt ein Freizügigkeitsgesetz ein, über dessen geschäftliche Behandlung nach dem Druck der Vorlage Beschluß gefaßt werden wird. Es folgen Wahlprüfungen, von denen nur die Wahl des Abg. Harkort in Hagen eine Debatte hervorruft. Von dem früheren Wahlcommissar, Bürgermeister Röder, ist gegen die Wahl ein Protest eingelaufen, der ihre Beanstandung beantragt. In verschiedenen Bezirken hätten Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahllocale aufgefordert, für Harkort zu stimmen, und Flugblätter für Harkort in den Wahllocalen vertheilt und auf den Wahltischen ausgelegt. In einem Bezirke soll auch den für Harkort Stimmenden eine Geldentschädigung (5 Sgr.) angeboten sein. Den katholischen Wählern habe man vorgeredet, der Gegencandidat v. Vincke habe in seiner letzten Rede gegen die katholische Religion gesprochen. Die Abtheilung beantragt, da sie die ersten beiden Punkte für erheblich hält, und da, wenn die Stimmen aus den Bezirken, wo die gerügten Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, abgezogen werden, Hr. Harkort nicht mehr die Majorität hat, unter einstweiliger Beanstandung der Wahl den Bundeskanzler aufzufordern, die erforderlichen amtlichen Erhebungen über die Thatsachen zu veranlassen und das Resultat dem Reichstage mitzutheilen.

Abg. v. Hoverbeck: Auch ich empfehle den Antrag der Commission, allerdings nicht in der Erwartung, daß das Resultat der Untersuchung ein ungünstiges sein wird. Ich bin auch überzeugt davon, daß von Seiten der Regierungs-Organe so objectiv als möglich dabei verfahren werden wird, daß vor Allem die Zeugen gerichtlich vereidigt werden. Es liegt durchaus im Interesse des Reichstags, bei den Wahlprüfungen so streng als möglich zu verfahren und ich freue mich, für den Antrag der Abtheilung stimmen zu können, um den Verdacht auszuschließen, als ob wir bei den Wahlprüfungen durch Parteirücksichten geleitet würden. — Abg. Dr. Becker (Dortmund): Es müsse in dem Antrage statt „amtliche Erhebung“ gesagt werden „gerichtliche Erhebung“, da man sonst vielleicht das Schreiben des Bürgermeisters, der den Protest erlassen, schon als amtliche Erhebung ansehen werde. (Heiterkeit.) — Abg. v. Hagke beantragt, sämmtliche Unterlagen an die Staatsanwaltschaft abzugeben, welche die gerichtliche Untersuchung veranlassen könne. Der Abtheilungsantrag wird mit dem Amendement Beckers angenommen.

Es folgt die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Antrages Graf Lehndorf, betr. die Gründung von Hypothekenbanken. Der Antragsteller empfiehlt Vorberathung im Hause, Abg. Schulze spricht für Verweisung an eine Commission: Die Frage sei von außerordentlicher Bedeutung; die Antragsteller haben sich aber die Sache sehr leicht gemacht, indem sie Dinge von der allergrößesten Tragweite so ganz nebenbei abgemacht haben. Das Bedürfniß, das durch den Antrag befriedigt werden soll, ist bedeutend, und deßhalb gewiß der Wunsch gerechtfertigt, etwas Lebensfähiges zu schaffen. Wenn dies aber geschehen soll, so muß die Sache ganz anders aufgefaßt und eine Arbeit geliefert werden, die der Sache etwas mehr entspricht. Die Vorarbeiten, welche die Herren Antragsteller gemacht, sind vollständig unzureichend. — Abg. Lasker für Vorberathung im Hause gerade aus den Gründen des Vorredners. Eine Commission sei nicht dazu berufen, einen unbrauchbaren Gesetz-Entwurf in einen brauchbaren zu verwandeln. Der Gegenstand sei so wichtig, daß er die Sympathie des ganzen Hauses in Anspruch nehme; es sei wünschenswerth, daß darüber öffentlich vor dem ganzen Lande verhandelt werde.

Abg. Grumbrecht: Der Antrag müsse sehr gründlich in einer Commission geprüft werden. Es sei aber wünschenswerth, daß man sich vorher erst über das Princip entscheide, auf dem das ganze Gesetz basiren solle, und dazu sei zunächst eine Vorberathung im Plenum wünschenswerth. — Abg. Dr. Michaelis: Der Reichstag thut gut, sich daran zu gewöhnen, auch wenn sich ein Antrag zur Commissionsberathung eignet, erst eine Vorberathung im Hause vorzunehmen, damit die Commission vom Plenum ihre Direction erhalte. — Abg. v. Seydewitz: Die Vorlage an eine Commission verweisen heißt sie tödten. Es ist aber wünschenswerth, daß bald darüber entschieden wird mit Rücksicht auf den Lasker'schen Antrag wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen. Dieser Antrag ist nicht etwa gestellt mit Rücksicht auf die Interessen der Ritterschaft in den östlichen Provinzen, die bereits Credit-Institute haben, sondern hauptsächlich mit im Interesse der andern Landestheile und der Städte, die solche Institute noch nicht haben. Das Gesetz konnte noch nicht vollständig ausgearbeitet werden, weil wir es nicht allein auf die preußischen Verhältnisse basiren konnten und wollten, die Verhältnisse der übrigen Staaten aber nicht vollständig übersahen, deshalb haben wir nur die allgemeinen Grundsätze aufgestellt. Der Grundbesitz erwartet von unserem Gesetze ein Correctiv zu dem Lasker'schen Antrag, der Grundbesitz hofft und erwartet von ihm die Hilfe, welche die Bank dem Handel leistet; und wenn, im Falle der Annahme beider Anträge, der Lasker'sche Antrag auch sofort in Kraft tritt, während bis zur Emanirung der Pfandbriefe noch längere Zeit verfließen wird, so liegt doch schon in der Aussicht auf sichere Hilfe eine wirkliche Hilfe.

Abg. Schulze gegen Abg. v. Seydewitz: Ein Antrag wird nicht getödtet, wenn man ihn gründlich behandelt. — Abg. Graf Bethusy-Huc empfiehlt Ueberweisung an eine Commission. Den Zusammenhang des vorliegenden Antrages mit dem Antrag Lasker sehe er nicht ein. Der Antrag enthalte so viel Wichtiges, aber auch so viel Bedenkliches, daß es im Interesse des Antrags selbst liege, wenn er an eine Commission verwiesen werde. — Abg. v. Hennig (für Vorberathung): Redner verwahrt die Berliner Grundbesitzer dagegen, daß sie auf Staatshilfe speculirten. — Abg. Graf Schwerin will dem Antrage auf Vorberathung nicht widersprechen, obwohl derselbe doch das Resultat liefern werde, daß er an eine Commission verwiesen werden müsse. Bei der Behauptung der Antragsteller, daß der Antrag nicht allein die Interessen der Ritterschaft in den östlichen Provinzen vertreten solle, sei es doch wunderbar, daß den Antrag kein einziger Abgeordneter der Städte oder eines anderen Landestheiles unterzeichnet habe. Der Antrag Lasker und der vorliegende stünden übrigens in gar keinem Verhältnisse. Der Antrag Lasker sei in früheren parlamentarischen Versammlungen und in der Presse schon so vorbereitet, daß man bald über ihn beschließen könne, während der vorliegende Antrag so außerordentlich viele Bedenken habe. — Nachdem noch einige Redner gesprochen, wird die Vorberathung im Hause beschlossen.

Der 3. Gegenstand der T.-O. ist der Etat der Post- und Zeitungsverwaltung. A. Einnahme 22,965,560 Rℓ (darunter Porto 17,617,120 Rℓ, Personengeld 3,118,900 Rℓ, Debit der Zeitungen 498,790 Rℓ). B. Ausgaben: 20,541,667 Rℓ, bleibt mithin als Ueberschuß 2,423,893 Rℓ, davon sind zu gemeinsamen außerordentlichen Ausgaben erforderlich 150,000 Rℓ, es kommen also zur Vertheilung 2,273,893 Rℓ (auf Preußen 75%, auf Sachsen 14% rc.). — Zu diesem Etat liegen folgende Anträge vor: 1) Dr. Becker: der Wunsch einer Aufbesserung der Gehälter der Postbeamten. 2) Kratz: der Abzug vom Gehalt zur Pensionskasse soll wegfallen, event. der Beitrag zur Pensionskasse der Bundesbeamten in allen Bundesstaaten gleichmäßig geregelt werden. 3) Götz und Liebknecht: bei späterer Aufstellung eines einheitlichen Portosatzes mit Rücksicht auf das nahe Zusammenliegen der sächsischen Städte jedenfalls für Entfernungen von nicht mehr als 5 Meilen den Portosatz von ½ Sgr. beizubehalten.

Generalpostdirector v. Philipsborn erläutert den Etat durch einen sehr eingehenden Vortrag, aus dem wir hervorheben: Es war bei der Vergrößerung des Gebiets der Postverwaltung ziemlich schwer, die Einnahmen zu veranschlagen, da manche durchlaufende Positionen der früheren Einnahmerechnungen durch die Verschmelzung der Gebiete künftig zu Wegfallpositionen geworden sind. Zurückgegangen ist bei der Veranschlagung theils auf die wirklichen bisher eingenommenen Summen, theils auf die früheren Etats. Ich muß aber speciell constatiren, daß bei Veranschlagung der Portoeinnahme auf irgend welche Ermäßigung von Belang bis jetzt nicht Rücksicht genommen ist. Die Postdampfschiffsverbindungen zwischen Preußen und Schweden und zwischen Preußen und Dänemark erfordern Zuschüsse. Auch in diesem Jahre ist trotz der ruhigen Verhältnisse die Frequenz nicht erheblich gestiegen. Bei der Zusammenstellung der einzelnen die neuen Länder betr. Etats haben sich mannigfache Ungleichheiten vorgefunden, die nicht sofort und durchweg auszugleichen waren. Die bestehenden Verhältnisse müssen ihren natürlichen Verlauf nehmen. Vor allen Dingen gebot es die Rücksicht, nicht augenblicklich Einschränkungen vorzunehmen, die vielleicht später Verlegenheiten schaffen möchten. Von den Post-Unterbeamten, Briefträgern, Conducteuren u. s. w. sind diejenigen im Gebiete der preuß. Postverwaltung verhältnißmäßig am günstigsten besoldet gewesen, es wird einer wesentlichen Verstärkung der Geldmittel bedürfen, diese guten Besoldungen auch ihren Amtsgenossen zu Theil werden zu lassen. In Bezug auf den Antrag des Abg. Dr. Becker richte ich das dringende Ersuchen an das Haus, uns den Remunerationsfonds nicht zu beschränken. Wir werden sogar wahrscheinlich in den Fall kommen, im Laufe der Jahre eine Erhöhung dieses Fonds zu beantragen. Gerade bei der Betriebsverwaltung ist es nöthig, einen größeren Remunerationsfonds bereit zu halten. Die Anforderungen an diese Beamte sind viel größer als die an andere Beamte. Sie sind an Stunden gebunden, die genau vorgezeichnet sind, namentlich auch an Morgen-, Abend-, Nachtstunden. Der Dienst in solchen Stunden ist doppelt anstrengend, jede Erschöpfung ist größer, Krankheiten sind zahlreicher; Ersparnisse kommen nur selten vor. Es würde also eine größere Schmälerung der Interessen dieser Beamten mit Aufhebung des Remunerationsfonds verbunden sein auch dann, wenn die Gehaltsverbesserung bereits eingetreten wäre. Denn auch dann werden die Fälle nicht ausbleiben, daß bei den Postbeamten Familienväter früher und häufiger in Bedürfniß gerathen als andere Beamte.

Abg. Evelt fragt, ob es richtig sei, daß Preußen in den hohenzollernschen Landen die Postverwaltung an Württemberg geben wolle? Das wünsche man dort nicht. Hohenzollern erfreue sich jetzt einer guten und exacten Post, während es früher, ehe Preußen dieselbe übernommen, anders gewesen sei. — Bundescommissar General-Postdirector v. Philipsborn erwidert, daß Württemberg zwar Vorschläge wegen Uebernahme des Postwesens in den hohenz. Lande gemacht habe, daß Preußen jedoch nicht darauf eingegangen sei. (Beifall.) — Abg. Dr. Becker empfiehlt seinen Antrag. Die Nothwendigkeit der Aufbesserung der Gehälter, die seit der Reorganisation des Postwesens dieselbe geblieben, sei allgemein anerkannt. Die Zahl der niederen Beamten sei vermehrt und dadurch die Aussicht auf Avancement noch verringert. Hierzu

kommt noch, daß ein großer Theil der höheren Postbeamtenstellen durch pensionirte Officiere besetzt wird. Für die Nothwendigkeit der Gehaltsverbesserung spricht aber namentlich die Erhöhung des Remunerationsfonds im Laufe von drei Jahren von 24,000 Thlr. auf 109,000 Thlr., wobei im letzten Jahre allerdings die Ausdehnung der preuß. Postverwaltung zu berücksichtigen ist. Eine solche Steigerung deutet an, daß fortwährende außerordentliche Bedürfnisse vorliegen, und die Mittel zur Beseitigung dieser dauernden Ausgaben können sehr wohl auf den Etat gebracht werden. Der Beamte geräth dadurch in ein Abhängigkeits-Verhältniß zu seinem Chef, welches allen Traditionen des preußischen Beamtenthums widerspricht. Wir haben nicht weniger als 10,500 Postbeamte, von denen 9200 ein Maximalgehalt von 500 Thlr., die übrigen ein solches von 700 Thlr. haben. Berücksichtigt man dabei die Wichtigkeit der Interessen, die in der Postverwaltung auf dem Spiele stehen, so muß man die Nothwendigkeit einer Beseitigung der Uebelstände doppelt anerkennen. Hierzu kommt, daß auch eine Gleichmäßigkeit in der Besoldung vermißt wird, und daß z. B. in Frankfurt a. M. viel höhere Gehälter gezahlt werden. In den Theuerungsverhältnissen allein kann der Grund zu dieser Ungleichheit nicht gesucht werden.

Bundescommissar v. Philipsborn erklärt, daß der Remunerationsfonds in den letzten Jahren zur Freude der Verwaltung bedeutend erweitert worden, weil er auch für verwandte Verwaltungszweige Verwendung findet. Die Voraussetzung, daß mit der Erhöhung der Gehälter die Verwendung des Fonds überflüssig werden würde, ist illusorisch, da sich naturgemäß mit der Erhöhung der Gehälter auch die Lebensbedürfnisse erweitern. Schließlich erklärt Redner, daß es die Absicht der Regierung sei, die Theuerungszulagen ganz einzuziehen, und bittet der Regierung zu vertrauen, daß sie Alles thun werde, um die Gehälter der Postbeamten nach Möglichkeit zu verbessern.

Abg. Meyer (Thorn) ersucht um Aufklärung über zwei Punkte, nämlich ob allein der Hauptetat, oder auch die Specialetats als das Normgebende zu betrachten sind, da in jenem nicht die Ausgaben als Ausgaben angesetzt sind, sondern nur der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben gewissermaßen nur als Facit in dem Einnahmeetat erscheint. Die zweite Frage geht dahin, ob nicht eben so wie bei der Telegraphenverwaltung die Einführung eines einheitlichen Gebühren- resp. Portosatzes in Aussicht genommen ist.

Präsident Delbrück: Die erste Frage ist jedenfalls veranlaßt durch die Gewohnheit des bisher im preuß. Budget angewendeten Verfahrens. Ich halte den im vorliegenden Etat angewandten Modus für einzig correct, daß die Ausgaben, welche nur zur Herbeiführung von Einnahmen gemacht werden, von letzteren abgezogen werden, und die Differenz als Einnahme angesetzt wird. Uebrigens ist das Resultat vollkommen dasselbe, auch in rechtlicher Beziehung auf Rechnungslegung, Entlastung und Bewilligung durch den Reichstag. Die zweite Frage kann ich dahin beantworten, daß bereits ein Gesetzentwurf in dem beregten Sinne vom Präsidium dem Bundesrath vorgelegt ist. Da derselbe jedoch noch im Stadium der Berathung sich befindet, so kann ich in Details darüber nicht eingehen.

Es folgt die Spezialdebatte. Bei Tit. 3 wünscht Abg. Russel überall gänzliche Beseitigung des Bestellgeldes und fragt, ob man es da wieder einführen wolle, wo es abgeschafft ist. Diese Frage verneint Bundescommissar v. Philipsborn. Bei Tit. 1 der Ausgaben stellt Abg. Gumbrecht zu dem Becker'schen Antrage das Amendement, über denselben auf Grund der vom Bundescommissar abgegebenen Erklärung zur motivirten Tagesordnung überzugehen.

Abg. Löwe: Trotz der Erklärung des Herrn Bundescommissarius, welche die erfreuliche Aussicht auf angemessene Erhöhung der Gehälter eröffnet hat, müssen wir unseren Antrag doch aufrecht erhalten, da wir den Remunerationsfonds herabgesetzt wissen wollen, gegen den ganz dieselben Gründe sprechen, die der Hr. Bundescommissar gegen die Theuerungszulagen vorgebracht hat. Der Mensch lebt viel regelmäßiger und kann sich besser einrichten, wenn er sicher weiß, was er hat, während solche Hoffnungen auf Remunerationen zu schlechter Wirthschaft und zur Ueberschreitung des persönlichen Etats zu leicht anreizen. — Abgg. Twesten, Grumbrecht und Graf Schwerin sprechen für motivirte Tagesordnung. Es sei bedenklich, einzelne Beamten-Kategorien bei der Gehaltserhöhung herauszugreifen.

Abg. Löwe: Die Postbeamten sind bis jetzt die einzigen Bundesbeamten; man möge mit ihnen den Anfang machen. Bei der Abstimmung werden sämmtliche Positionen genehmigt und der Antrag Grumbrecht auf motivirte Tagesordnung angenommen; der Antrag Götz wird abgelehnt.

Bei Berathung des Etats der Telegraphenverwaltung, dessen einzelne Positionen genehmigt werden, beantragt der Abg. Meier (Bremen), den Bundeskanzler zu ersuchen, Bedacht darauf zu nehmen, daß für das ganze Gebiet des Nordd. Bundes ohne Rücksicht auf die Entfernung ein einheitlicher billiger Tarifsatz für Depeschen eingeführt werde. —

Generalpostdirector v. Philipsborn: Die Verwaltung wird, wie bisher, auch ferner gern erwägen, ob es möglich ist, eine weitere Ermäßigung des Tarifs eintreten zu lassen. In den Vordergrund muß die Telegraphenverwaltung aber die Vervollständigung der Einrichtungen und der telegraphischen Verbindungen stellen. — Abg. Meier (Bremen) motivirt seinen Antrag, durch dessen Annahme bedeutende Mehreinnahmen erzielt werden würden. Man möge dem Verkehr diese Wohlthat erweisen und dadurch moralische Eroberungen für den Norddeutschen Bund machen.

Abg. v. Kirchmann rügt, daß während die Einnahme- und Ausgabe-Positionen der gesammten Telegraphenverwaltung des Bundes auf dem Etat stehen, doch die Beamten noch nicht Bundesbeamten wären, sondern noch von den Einzelregierungen angestellt würden. Es sei wünschenswerth, daß nicht nur alle Telegraphenbeamten, sondern auch der preuß. Handelsminister in die Verwaltung des Bundes übernommen werde. — Bundescommissar v. Delbrück glaubt bei dieser Gelegenheit auf die Organisation der gesammten Bundes-Centralbehörden nicht eingehen zu dürfen. Da die Anstellung gewisser Beamtenklassen den Einzelregierungen ausdrücklich vorbehalten ist, so bleibt denselben damit auch ein Theil der Verwaltung. Daß die Regierungen an die festgestellten Etats gebunden sind, versteht sich von selbst. Hier aber wird der gesammte Etat festgestellt, genehmigt und später über denselben Rechenschaft gelegt. Die Trennung der Behörden für gewisse Verwaltungsakte kann nirgend einen nachtheiligen Einfluß ausüben auf den Betrieb der gesammten Post und Telegraphie.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich möchte die Debatte aus der Höhe, auf die sie die patriotische Phantasie eines Vorredners gehoben, wieder auf die ebene Erde verpflanzen und von der Telegraphie sprechen. Ich werde für den Antrag des Abg. Meier stimmen in dem Sinne, daß er die Regierung auffordert, die Frage einer billigeren Telegraphie in Erwägung zu ziehen. Das Streben, durch populäre Maßnahmen den Bund und seine Verfassung populär zu machen, bald diesen, bald jenen Kreis für sie zu gewinnen suchen, nach Art eines stürmischen Liebhabers um jeden Preis für sie zu werben, dies Streben theile ich nicht. Denn es führt dazu, daß die Bundeskasse zum Danaidenfasse wird oder daß die Bundesangehörigen in erschreckender Weise belastet werden. Aber so ein verliebter Thor verpufft, um mit Mephisto zu reden, Sonne, Mond und Sterne dem Liebchen in die Luft. (Heiterkeit.) Vor jeder populären Maßregel muß man sich fragen, wie sich die Gesammtheit bei ihr steht, ob nicht ein einzelner Kreis auf Kosten der Gesammtheit regalirt wird. Würde die Telegraphie der Privatindustrie überlassen, so würde sie zunächst auf den großen Linien Concurrenz machen und die Preise drücken, die Seitenlinien aber, die nicht rentiren, vernachlässigen. Für diese, für das Territorium im Ganzen, sorgt die allgemeine Einrichtung des Staats durchgreifender. Gewiß kann auch der Staat billiger werden mit den telegraphischen Gebühren, aber an das noch junge Institut darf man nicht zu stürmisch herantreten. Gegenwärtig ist die Herstellung eines einheitlichen Tarifsatzes kaum möglich, jedoch eine Reform in diesem Sinne immerhin wünschenswerth.

Abg. Grumbrecht wird gerade, weil er des Vorredners Ansichten theilt, gegen den Antrag stimmen. Er glaube nicht, daß mit der allseitigen Herabsetzung des Tarifs größere Einnahmen erzielt werden würden. Die einzelnen Positionen des Etats werden genehmigt, der Antrag des Abg. Meier (Bremen) wird abgelehnt (für denselben nur ein Theil der National-Liberalen). — Nächste Sitzung Freitag.

Parlamentarische Nachrichten.

* [Kriegsdienstgesetz.] In der ersten Sitzung der Commission zur Berathung des Gesetzentwurfes, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste, in der das Bundespräsidium durch General v. Podbielski, Oberst v. Karczewski und den sächsischen Oberst v. Brandenstein vertreten war, empfahl Ref. Twesten die Annahme der Vorlage, die nur unwesentlicher Aenderungen bedürfe. Abg. v. Hoverbeck: Die Vorlage sei verfrüht, weil die Reorganisation noch nicht in allen Bundesstaaten durchgeführt und die Fortgeltung ihres Prinzips nach 1871 nicht entschieden sei; sie sei auch überflüssig, weil die Bundesverfassung wesentliche Bestimmungen derselben enthalte und das in den Einzelstaaten etwa noch Fehlende durch Einführung des preuß. Gesetzes vom 3. Sept. 1814 zu ergänzen sei. Oberst v. Brandenstein: Diese Einführung sei durch die Bundesverfassung unmöglich geworden. Die Vorlage stelle die militärische Freizügigkeit innerhalb des Bundes her. Bei § 1 beantragte Abg. Duncker Streichung der den Standesherren und Mennoniten gewährten Exemtion vom Kriegsdienste. Abg. Oberst v. d. Goltz: Wenn kein Privilegium gelten dürfe, dann müßten die von der Aushebung nicht Betroffenen gerechter Weise eine Kopfsteuer zahlen. Schließlich wurde § 1 der Vorlage angenommen, jedoch ohne den Zusatz, daß das den Mennoniten zustehende Privilegium auch auf Bundesstaaten, in denen es nicht besteht, ausgedehnt werde.

— [Die National-Liberalen] werden (wie durch die Fortschrittspartei) im Reichstage die Ansicht vertreten, daß die Militärconventionen eines Gesetzgebungs-Actes bedürfen, die Matricularbeiträge daher, insofern sie jene Conventionen indirect genehmigt, nur für ein Etatsjahr stattfinden. (Im Bundes-Rath ist man, wie die „Zeidl. Corresp." hört, von der Auffassung ausgegangen, daß nur der pecuniäre Theil einer Genehmigung bedürfe und daß diese Genehmigung bei der Bewilligung der Matrikular-Umlagen zu erfolgen habe.)

Politische Uebersicht.

Der Aufstand im römischen Gebiet dauert fort. Nähere Nachrichten erhält man aber nur wenige, da die telegraphische Verbindung unterbrochen ist. Nach einer Beilage des in Genua erscheinenden „Dovere" ist es auch in Rom selbst zu einem Straßenkampf zwischen dem Volk und den päpstlichen Truppen gekommen, und waren dabei Barrikaden gebaut. Die italienische Regierung hat übrigens an die auswärtigen Mächte ein Rundschreiben gerichtet, worin sie die Nothwendigkeit der sofortigen Lösung der römischen Frage betont. Ueber die Anschauungen in Berliner Regierungskreisen schreibt die „Zeidl. Corr.": „Eine Expedition Garibaldi's gegen Rom würde offenbar zu einer Intervention Frankreichs und zu der Wiederbesetzung Roms durch französische Truppen geführt haben. Italien kann sich daher Glück dazu wünschen, daß Rattazzi mit Energie den Plänen Garibaldi's entgegengetreten ist und seine Verhaftung in dem Augenblicke herbeiführte, wo er zur Verwirklichung seiner Pläne schreiten wollte. — Dessen ungeachtet aber glauben wir berechtigt zu sein daran zu zweifeln, daß durch die Verhaftung Garibaldis die dem Kirchenstaate drohende Katastrophe dauernd abgewandt sei. Die Doppel-Stellung, in welcher sich der Kaiser Napoleon bisher dem Papste und dem Königreich Italien gegenüber befunden hat, ist jedenfalls auf die Dauer unhaltbar und die italienische Actions-Partei hat, wie es scheint, es richtig erkannt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Verwirklichung ihrer Pläne in hohem Grade günstig ist. Dieselbe wird daher voraussichtlich sich nicht davon abhalten lassen, mit oder ohne Garibaldi die gegen den Kirchenstaat gehegten Pläne weiter zu verfolgen."

Berlin, 3. Oct. [Graf Bismarck] wird in etwa acht Tagen von Pommern zurückerwartet.

ZC. [Salzburg.] Wie man wissen will, sollen in Salzburg Verabredungen über die künftige Papstwahl getroffen sein.

ZC. [Die Rüstungen in Frankreich] — schreibt die „Zeidl. Corr." — dauern fort und — Preußen ist eben so ruhig wie vorher. Weiterer Worte bedarf es nicht.

— [Bei der Nachwahl] im Fürstenthum Waldeck (für v. Bunsen) ist, der „N.-Z." zufolge, Präsident Lette (n.-l.) gegen Georg v. Vincke gewählt worden.

— [Der Großherzog von Oldenburg] hat bei dem Uebergang seiner Truppen an preuß. Oberbefehl einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er sehr schmerzlich über das Aufhören des alten Verhältnisses spricht.

ZC. [Oesterreichs Finanzausgleichung.] „Wie es uns scheint, ist es bis jetzt noch nicht genügend hervorgehoben, daß der in Oesterreich zu Stande gekommene finanzielle Ausgleich mit Ungarn auf das Tiefste in die Rechte der österreichischen Staatsgläubiger eingreift. Bis dahin waren für die österreichischen Staatsschulden die sämmtlichen Kronländer verhaftet; heute scheidet das reiche Ungarn mit einer kleinen Portion aus und überläßt den Rest und damit das weitere Schuldenmachen den außerungarischen Provinzen. Damit ist die Nothwendigkeit einer Convertirung der Staatsschulden von selbst gegeben, freilich mit vollständiger Einlösung der vorhandenen Papiere, eine Operation, von welcher man nicht weiß, ob sie ohne Insolvenzerklärung möglich ist."

* Das mittelst Bekanntmachung vom 4. Novbr. 1863 ausgesprochene Verbot des Debits der „Newyorker Staatszeitung" ist vom Hrn. Minister des Innern wieder aufgehoben worden.

England. London. [Ein auf heute festgesetztes Meeting der Reformliga] ist zu dem Zweck berufen, sich über die italienischen Angelegenheiten zu äußern. Die eine der vorgeschlagenen Resolutionen beschuldigt die italienische Regierung grober Verletzung der Dankbarkeit, des Gesetzes und der Freiheit, die sie durch Verhaftung des Generals Garibaldi, eines von den edelsten Bürgern und Patrioten Italiens, auf sich geladen. Garibaldis Sohn, Ricciotti, wird eine Rede halten.

AAC. London, 1. Oct. [Commerzielle Stagnation.] Die Arbeitslosigkeit beginnt in diesem Jahre früher als sonst. So wie in London, sind auch in Schottland allein in den Eisendistricten am Clyde über 80,000 Arbeiter dieser Branche jetzt ohne Arbeit. Die Concurrenz der Continents anfangs belächelt, dann mit Eifersucht angesehen, beginnt zu wirken. Der Unterschied in den Herstellungskosten ist viel bedeutender als wohl allgemein vermuthet wird. Nach einem Zeugniß in der „North British Mail" kostet am Clyde dasselbe Stück Arbeit 5 Lstr., welches auf dem Continent für 3 Shilling 10 Pence in gleicher Güte hergestellt werden kann. In einem der Rapporte sagt es: „Und was Stahlfabrication anlangt, so hat diese auf dem Continent eine Höhe der Vollkommenheit erreicht, von der sich wenige Leute hier zu Lande eine Idee machen. Davon ist Krupp in Preußen ein überwältigendes Beispiel." Die Stagnation in der Eisenindustrie in Nord-England und im schottischen Unterlande breitet ihren lähmenden und entmuthigenden Einfluß weiter und weiter aus. Aehnlich steht es auf den Schiffswerften. Alle Schiffsbauten auf der Strecke zwischen St. Peters, Newcastle und Shields sind eingestellt, mit nur zwei Ausnahmen. Arbeiter, die 2 bis 3 £ Arbeitslohn erhielten, befinden sich im größten Elende, da sie selten Vorsorge treffen.

Frankreich. [Die preuß. Panzerfregatte „Friedrich Carl"] hat in Toulon jetzt ihre Bemannung erhalten und wird in den nächsten Tagen nach Kiel abgehen.

— [Wegen einer Karrikatur], die in dem Witzblatt „Le Philosophe" den Gr. Bismarck als Menschenfresser darstellte, ist dem Blatte der Verkauf auf öffentlicher Straße untersagt worden.

Danzig, den 4. October.

* [Der Gewerbeverein] hielt gestern unter zahlreicher Betheiligung der Mitglieder seine erste ordentliche Sitzung in der Wintersaison. Ueber der Rednertribüne war eine sehr gut ausgeführte Photographie des Vorsitzenden Hrn. Dr. Kirchner (in Lebensgröße) angebracht — ein Geschenk des Hrn. Photographen C. Radtke. — Hr. Kirchner eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er auf die gemeinnützige Thätigkeit des Vereins hinwies und die Mitglieder eindringlich ersuchte, in dem Streben nach Vervollkommnung und gegenseitiger Belehrung wie bisher zum Gedeihen des Vereins und im eigenen Interesse nicht nachzulassen, sondern mit allen Kräften, Jeder an seinem Theile, zur Erreichung der Ziele des Vereins beizutragen. — Hr. Kreisbaumeister a. D. Hoffmann aus Neustadt hielt hierauf einen Vortrag „über feuersichere Bauten, speziell über feuersichere landwirthschaftliche Tiefbauten". Wir werden auf den Vortrag, der mit Beifall aufgenommen wurde, ausführlicher eingehend zurückkommen. — Der Hr. Vorsitzende verliest nun die eingegangenen Fragen. Die erste giebt dem Wunsche Ausdruck, daß die die Pariser Ausstellung besucht habenden Mitglieder über ihre dort gemachten Erfahrungen Bericht erstatten möchten. Eine andere betraf den Reform-Verein, eine dritte die Besprechung communaler Angelegenheiten im Gewerbeverein, (man war allgemein der Ansicht, daß der Besprechung kein Hinderniß im Wege stehe, wenn auch einige hervorhoben, daß diese Fragen im Verein erst in zweiter Linie ständen), eine vierte: Brod und Semmel bleiben hier schlecht und unverhältnißmäßig klein. Sollte es sich nicht empfehlen, eine Commission aus der Mitte des Vereins zu wählen, welche die Mittel und Wege beriethe, wie hier eine Actien-Bäckerei ins Leben zu rufen sei? wurde, da sich Niemand zum Worte meldete, unbeantwortet bei Seite gelegt. Die 5. Frage lautet: Warum wurde dem Feichtmayer-Witgotzki'schen Unfug nicht energisch und öffentlich entgegengetreten? Oder hilft Feichtmayer?" Hr. Jacobsen theilt mit, daß er von Hrn. Apotheker Becker autorisirt worden sei, das Factum zu erzählen, daß Hr. Feichtmayer sich in der Becker'schen Apotheke habe einen bittern Schnaps bereiten lassen und auf Befragen des Besitzers, warum er nicht den Witgotzki'schen Liqueur anwende, geantwortet habe: Er werde solches Zeug nicht trinken. — Zwei weitere Fragen, welche einen Ausdruck auf den Zoppoter Passagierbilleten bekritteln, und die Wiederaufnahme des früheren Projects einer städtischen Feuerversicherung anregen, geben zu keiner Besprechung Veranlassung.

*** [Stadt-Theater.] „Er muß aufs Land" hatte in den ersten vierziger Jahren als Satyre auf das Eichhorn'sche Regiment einen ungewöhnlichen Erfolg, der sich aus den Eigenschaften des Stückes allein nicht erklären läßt. Die Entlarvung und Bestrafung der Heuchelei wird freilich immer ein sehr dankbarer Lustspielstoff bleiben; auch wird man es hier mit einer etwas stark aufgetragenen Färbung der Charactere nicht zu genau nehmen wollen. Schlimm ist es aber, daß der Verfasser der Unnatur des Muckerthums nichts Besseres gegenüberzustellen weiß, als einen höchst oberflächlichen Lebensgenuß nach dem sog. guten Ton. — Die gestrige Darstellung war im Allgemeinen befriedigend. Fr. Fischer spielte die Fr. v. Flor mit Feinheit und Humor. Fr. v. Göllner hatte als Fr. v. Ziebm ein sehr dankbares Feld für ihr Talent. Die Damen Schilling (Cölestina) und Bertina (Pauline), sowie Hr. Buchholz (Cäsar) befriedigten vollkommen in ihren Partien. Im Wesentlichen genügten auch der Rath Presser des Hrn. Nötel und der Ferdinand des Hrn. Girasch; der letztere würde jedoch der darzustellenden Gestalt mehr durch gemessenere Haltung und Geberden entsprochen haben. Das Zusammenspiel war nicht durchweg glatt.

* [Herr Friedrich Laade], bei den hiesigen Musikfreunden durch seine vorzüglichen Leistungen als Orchesterdirigent und Sologeiger in gutem Andenken stehend, befindet sich auf der Durchreise von Petersburg (wo er während der letzten Sommersaison sehr beifällig aufgenommene Salon-Concerte dirigirte) nach Dresden gegenwärtig hier am Orte und beabsichtigt, mit unserer Theaterkapelle ein Concert im Schützenhause zu veranstalten. Es wird nur dieses eine

Concert stattfinden, dem es an Theilnahme nicht fehlen dürfte, da der beliebte Dirigent hier sehr viele Freunde zählt. Hierbei sei noch bemerkt, daß die Persönlichkeit des Herrn Friedrich Laade nicht zu verwechseln ist mit seinen beiden Brüdern Rudolph und Lebrecht, welche in späterer Zeit in Danzig bekannt wurden. M.

* An Stelle des zur General-Commission in Merseburg versetzten Reg.- und Landes-Oeconomie-Raths Grube ist bei der Regierung zu Marienwerder der Oeconomie-Commissarius v. Hornemann aus Stettin eingetreten.

* Wie es heißt, wird der Landstallmeister v. Unger in Marienwerder nach Kassel versetzt und an seiner Stelle der Rittmeister v. Oheimb vom Schlesischen Husaren-Regiment Director des westpreußischen Landgestüts werden.

* Der Gerichts-Assessor Tetzlaff ist zum Kreisrichter in Flatow ernannt.

* Für die Abgebrannten in Johann-Georgenstadt in Sachsen werden auf Veranlassung des Ministers des Innern bei den Landrathsämtern Sammlungen veranstaltet werden.

* [Gerichtsverhandlung am 3. October.] 1) Am 14. Decbr. v. J. strandete bei Stutthof das Schiff „Idalia", Capitain Gibsone. Zur Ueberführung der geborgenen steuerpflichtigen Schiffs-Utensilien und Ladung an das Hauptzollamt nach Danzig hatte sich der Steueraufseher Schimanski dorthin begeben. Tags darauf fand sich auch der Schiffsutensilienhändler J. H. Prahm von hier dort ein, angeblich um als Dolmetscher und Bevollmächtigter des Capitain Gibsone thätig zu sein. Nach der Angabe des S. hat Prahm gegen ihn mehrfach direct und indirect den Wunsch ausgesprochen, einen Theil der geborgenen Schiffsutensilien in unredlicher Weise an sich zu bringen. So habe P. dem S. den Antrag gemacht, eine kleine Quantität Syrup — ca. 2 Ctr. — unter sich zu theilen. S. habe dies einfach abgelehnt. Später habe er ihm aber den weiteren Antrag gemacht, es zu gestatten, daß er einen Wagen voll Schiffs-Utensilien des Nachts heimlich wegschaffe, er würde ihm für sein Stillschweigen 10 bis 20 Rt. bezahlen. Gegen P. ist deßhalb wegen versuchter Beamtenbestechung die Anklage erhoben. In seinen Auslassungen vor dem Zollamte hat P. entschieden jede Berührung mit Sch. in Abrede gestellt und erst in der heutigen Sitzung behauptet, daß er dem Sch. ein Geschenk von 10—20 Rt. angeboten habe, aber im Auftrage des Capitains und nur dafür, daß er die Ueberführung der steuerpflichtigen Sachen nach Danzig so schnell als möglich bewirke, weil bereits viele Sachen gestohlen waren und keine ausreichende Beaufsichtigung der geborgenen Sachen hat stattfinden können. Sch. bezeichnet dies als unwahr. P. war nicht im Stande, seine Behauptung unter Beweis zu stellen. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 1 Woche Gefängniß.

* Die diesjährige 4. Schwurgerichts-Periode beginnt am 28. October c. unter dem Vorsitz des Hrn. Stadt- und Kreisgerichts-Rath Hahn.

* [Orden.] Dem Leuchtthurmwärter A. E. Herrmann zu Hela (Kreis Neustadt) ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Königsberg, 4. Oct. [Falckenstein contra Hoverbeck.] Die „Ostpr. Ztg." enthält eine Bekanntmachung des conservativen Wahl-Comités, nach welcher von der conservativen Partei an der Candidatur des Generals Vogel v. Falckenstein festgehalten wird. (Die Nachricht der heutigen „B.- u. H.-Z.", daß General V. v. F. in Königsberg nicht annehme, ist hiernach also nicht richtig.)

Vermischtes.

Berlin, 4. Oct. [Erstickung durch Leuchtgas.] Die Familie eines Schuhmachermeisters (Mann, Frau und Kind) wurde gestern früh in ihrer Kellerwohnung in der Georgenkirchenstraße todt vorgefunden. Ein Gesell und ein Bursch, die auch im Keller, jedoch in einem andern Raume schliefen, wurden betäubt, jedoch noch lebend angetroffen. Es stellte sich heraus, daß ein durch den Keller geleitetes Gasrohr, das am Tage zuvor reparirt worden ist, fahrlässig verschlossen war und Gas hatte ausströmen lassen. Die Schuld an dem Unglück trifft den mit der Reparatur beauftragten Arbeiter der Gasanstalt.

— [Die Ausgaben der Berliner Commune für den Unterricht an den höheren städtischen Lehr-Anstalten] haben im vergangenen J. 117,029 Rt. betragen, was nach der in diesen Anstalten unterrichteten Schülerzahl auf jeden Schüler etwas über 19 Rt. ausmacht. Die Gesammtkosten für diese Anstalten beliefen sich auf 262,065 Rt., wovon die Einnahmen, welche fast ausschließlich aus dem Schul- und Turngeld herrühren, mit 145,096 Rt. abzuziehen sind.

Breslau, 4. Oct. [Ein „Oberbriefträger".] Der hiesige Postbriefträger Hartmann hat gestern sein 50jähriges Jubiläum gefeiert. Es ist ihm das Allg. Ehrenzeichen und vom Hrn. Handelsminister das Prädicat „Oberbriefträger" verliehen worden. Der Jubilar, welcher 27 Jahre beim Militair und 23 Jahre bei der Post dient, versieht seinen Dienst noch in der rüstigsten Weise.

— [Der deutsche Rechtsschutzverein in London], der sich durch seine Wirksamkeit bereits vielfach Verdienste erworben, ist leider seiner Auflösung nahe. Nach seinem 2. Jahresbericht sind bis zum März d. J. durch ihn 300 Civil- und 58 Criminalfälle aufgenommen und beinahe alle zu Gunsten der Betreffenden gerichtlich durchgeführt worden. Außerdem fanden über 900 Fälle, welche vor den Verein gebracht wurden, ihre Erledigung durch practischen Rath oder durch Vermittelung auf gütlichem Wege. Der Verein hat die sich freiwillig auferlegte Pflicht, seinen bedürftigen und unschuldig bedrängten Landsleuten den hier so nothwendigen gerichtlichen Beistand zu schaffen, redlich erfüllt. Es muß aber einleuchten, daß die persönlichen Opfer Einzelner zur wirksamen Fortführung eines solchen Instituts nicht ausreichen. Der Verein glaubte deswegen auf materielle Unterstützung hier und besonders von Deutschland, von wo der Beistand des Vereins sehr häufig in Anspruch genommen wird, rechnen zu dürfen. Diese Erwartung ist leider unerfüllt geblieben! Nur der Rath der Stadt Leipzig hat ihm jährlich 100 Rt. bewilligt. Weitere nennenswerthe Erfolge sind keine erzielt worden; die Mittel des Vereins sind unzureichend, und der Vorstand sieht sich deswegen genöthigt, öffentlich zu erklären, daß die Vereinsmitglieder sich nicht für berechtigt halten, ihre Thätigkeit länger als bis zum 30. November fortzusetzen, wenn nicht vor diesem Datum dem Verein die Mittel zur Weiterverfolgung seiner Zwecke an die Hand gegeben werden. — Der Vorstand des Vereins ist C. Trübner, London, 13A, Red Lion Square.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. Octbr. Aufgegeben 2 Uhr 10 Min.
Angekommen in Danzig 4 Uhr — Min.

		Letzter Crs.			Letzter Crs.
Roggen animirt,			Ostpr. 3½% Pfandbr.	75¾	fehlt
Regulirungspreis	77½	74½	Westpr. 3½% do.	76	76
Sept.-Octbr.	78½	75½	do. 4% do.	—	82½
Frühjahr	72	69¾	Lombarden	95½	96½
Rüböl Octbr.	11⅓	11⅙	Oestr. National-Anl.	52	52
Spiritus Octbr.	23⅙	22⅚	Russ. Banknoten	83⅜	83⅜
5% Pr. Anleihe	102¼	102¾	Danzig. Priv.-B.-Act.	110½	110⅛
4½% do.	97⅛	97⅛	6% Amerikaner	75⅛	75¾
Staatsschuldsch.	82½	83⅛	Wechselcours London	—	6.23⅜

Fondsbörse: fester.

Hamburg, 3. Octbr. Getreidemarkt. Weizen loco sehr fest, auf Termine sehr animirt. pr. Oct. 5400 Pfund 176 Bancothaler Br., 175 Gd., pr. Oct.-Nov. 174 Br., 173 Gd. Roggen loco sehr fest, auf Termine ruhig. pr. Oct. 5000 Pfund 134½ Br. und Gd., pr. Oct.-Nov. 133 Br., 131 Gd. Hafer fest. Spiritus unverändert. Rüböl fest. loco 23¾, pr. Octbr. 23⅞, pr. Mai 25⅛. Kaffee ruhig. Zink fest. — Kaltes Wetter.

Amsterdam, 3. Octbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, pr. Herbst 275 a 282. Raps pr. Octbr. 72.

London, 3. Octbr. Consols 94 7/16. 1% Spanier 30⅛. Italienische 5% Rente 45½. Lombarden 14 5/16. Mexicaner 15. 5% Russen 85. Neue Russen 87¼. Silber 60⅜. Türkische Anleihe de 1865 31⅜. 6% Ver.-St. pr. 1882 71¼.

Liverpool, 3. Octbr. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Fest. New-Orleans 9, Georgia 8¾, fair Dhollerah 6¼, middling fair Dhollerah 6, good middling Dhollerah 5⅛, Bengal 5, good fair Bengal 5¼, New fair Oomra 6⅛, good fair Oomra 6½, Pernam 9, Smyrna 7. Import 13,001 Ballen (davon Surate 12,688).

Paris, 3. Octbr. Rüböl pr. Octbr. 99, 00, pr. Novbr.-Decbr. 99, 50, pr. Jan.-April 99, 50. Mehl pr. Octbr. 86, 75, pr. Nov.-Decbr. 85, 25. Spiritus pr. Octbr. 65, 00.

Paris, 3. Octbr. (Schlußcourse.) 3% Rente 67, 80—67, 75. Italienische 5% Rente 45, 40. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 460, 00. Credit-Mobilier-Actien 165, 00. Lombardische Eisenbahn-Actien 360, 00. Oesterreichische Anleihe de 1865 —. 6% Verein.-St. pr. 1882 (ungestempelt) 81⅞. — Bessere Stimmung. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94⅜ gemeldet.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 4. Octbr. 1867.

Weizen pr. 5100 ℔ fl. 680—840.
Roggen pr. 4910 ℔ frischer 121# fl. 609, 124/5℔ fl. 621. Auf Lieferung April-Mai 1868 120# fl. 522½.
Gerste pr. 4320 ℔ kleine 105/6# fl. 384.
Erbsen pr. 5400# weiße fl. 522—525.
Spiritus pr. 8000% Tr. 23 Rt.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 4. October. Bahnpreise.
Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 122/3—125/6—127/8 — 129/30# von 120/122½ — 124/5 — 126/8 — 130/32½ Sgr. pr. 85 ℔.
Roggen 118—120—123/4—124/5# von 98—101—103—103½ Sgr. pr. 81⅚ ℔.
Gerste, kleine 103/105—108/9# von 56/58—60/62½ Sgr.
do. große 108—113/4# von 65—70 Sgr. pr. 72℔.
Erbsen 75—80/85 Sgr. pr. 90℔.
Hafer 35—38 Sgr. pr. 50#.
Spiritus 23 Rt. pr. 8000% Tr.

Getreide-Börse. Wetter: trübe. Wind: S. — Weizen sparsam zugeführt brachte gestrige volle Preise bei einem Umsatz von 60 Lasten. Bunt 124# fl. 765, 125/6℔ fl. 770; hellbunt 125# fl. 760, 128# fl. 800; hochbunt 132℔ fl. 835 pr. 5100#. — Roggen fest, in leichter Waare weniger beachtet. 123# fl. 618, 124/5# fl. 621 pr. 4910#. Umsatz 15 Lasten. — Spiritus 23 Rt.

Königsberg, 3. Octbr. (K. H. Z.) Weizen loco hochbunter pr. 85# 120/135 Sgr. Br.; pr. 123/124# 125 Sgr. bz.; bunter und rother 110—125 Sgr. Br. — Roggen loco höher, pr. 80# 88/98 Sgr. Br., 93/95 Sgr. bz., pr. 114/15# 88 Sgr., pr. 116/17# 90 Sgr. bz.; pr. Oct. 97 Sgr. Br., 96 Sgr. Gd.; pr. Frühj. 92 Sgr. Br., 89½ Sgr. Gd. — Gerste, große und kleine pr. 70# 55/66 Sgr. Br. — Hafer pr. 50℔. 39/45 Sgr. Br., 41/40/42 Sgr. bz.; pr. Sept.-Oct. 45 Sgr. Br., 43 Sgr. Gd.; pr. Frühj. 44 Sgr. Br., 42 Sgr. Gd. — Erbsen, weiße pr. 90# 80/90 Sgr. Br. — Leinsaat pr. 70# fein 80 bis 90 Sgr. Br.; mittel 60/80 Sgr. Br., ordinäre 35/55 Sgr. Br. — Rübsaat pr. 72# 80/98 Sgr. Br. — Tymotheum 5/9 Rt. pr. Ctr. — Leinöl ohne Faß 13⅔ Rt. pr. Ctr. Br. — Rüböl ohne Faß 11⅙ Rt. pr. Ctr. Br. — Rübkuchen 62/64 Sgr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 24⅓ Rt. Br., 23¾ Rt. Gd., pr. Oct. ohne Faß 24 Rt. Br., pr. Frühj. ohne Faß 21½ Rt. Br.

Stettin, 3. Octbr. Weizen pr. 2125 ℔ loco gelber 92—104 Rt., 83/85# gelber Oct. 100—100¾ Rt. bez., Oct.-Nov. 96 Rt., bez. u. Gd., ½ Rt. Br., Frühjahr 95 Rt. bez. u. Gd. — Roggen pr. 2000# loco 72—77 Rt., Oct. 74, 74½ Rt. bez. u. Br., Frühjahr 68½, 69 Rt. bez. — Gerste loco pr. 1750# Oderbruch 50—51 Rt., Schles. 50—52 Rt., Oberschles. und Mährische 52—54 Rt. — Hafer loco pr. 1300# 31—33 Rt., 47/50# Oct. 33⅓ Rt. Gd., Frühjahr 34 Rt. Gd. — Rüböl loco 11⅓ Rt. Br. — Spiritus loco ohne Faß 22 7/24 Rt. bez., Oct. 21⅚ Rt. bez., Mai-Juni 20⅚ Rt. bez. — Regulirungspreise: Weizen 100½ Rt., Roggen 74¼ Rt., Gerste 51 Rt., Hafer 33½ Rt., Rüböl 11⅙ Rt., Spiritus 21⅚ Rt. — Rappkuchen hiesige 2 1/12 Rt. bez. u. Gd., Prenzlauer ab Bahn 1 11/12 Rt. bez. — Petroleum loco 7⅙, ⅙, ¼ Rt. bez., vom Lager 7⅓ Rt. bez. — Hering, schott. Crown und fullbrand 11⅙, ⅓ Rt. tr. für beste Marke bez., andere Marke mit 11⅙, ⅙, ¼ Rt. tr. bez., pr. Oct. 10⅚ Rt. tr. bez.

Breslau, 3. Oct. Rothe Kleesaaten sehr sparsam offerirt, 14—16 Rt.

Berlin, 3. Octbr. Weizen loco pr. 2100# 88—103 Rt. nach Qual., gelb schles. 96 Rt. bz., pr. 2000 # pr. October 90½—92 Rt. bz., pr. April-Mai 90—91½, in einem Falle 91¾ Rt. bez. — Roggen loco pr. 2000# 73½—76 Rt. bz., pr. Oct. 73¾—75¾—½ Rt. bz. — Gerste loco pr. 1750# 47—54 Rt. nach Qual., 51¼—52 Rt. bez. — Hafer pr. 1200# loco 29—31½ Rt. nach Qual. 30—½ Rt. bez. — Erbsen pr. 2250 # Kochwaare 63—72 Rt. nach Qual., Futterwaare do. — Raps pr. 1800℔. 83—90 Rt. — Rübsen, Winter- 81—88 Rt. — Rüböl loco pr. 100# ohne Faß 11⅓ Rt. — Leinöl loco 14 Rt. Br. — Spiritus pr. 8000% loco ohne Faß 22¾—17/24 Rt. bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 6½—6⅙ Rt., Nr. 0. u. 1. 6¼—5⅚ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 5½—5 1/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 5⅙—4¾ Rt. bez. pr. Ctr. unversteuert.

Butter.

Berlin, 2. Octbr. (B.- u. H.-Z.) [Gebr. Gause.] Obgleich die Zufuhren von Butter in vergangener Woche reichlicher waren, behaupteten Preise sich nicht nur allein, sondern wurden einzelne, besonders feinere Qualitäten, besser bezahlt. — Notirungen: Feine und feinste Mecklenburger Butter 36—38 Rt. pr. Ctr., Priegnitzer und Vorpommersche 32—35 Rt., feine Dominial-Butter 9—11 Sgr. pr. #, feine Preußische 22—28 Rt., Pommersche und Netzbrücher 22—26 Rt., Schlesische 23—28 Rt., Böhmische, Mährische und Galizische 18—26 Rt., Thüringer, Hessische und Bayerische 25—28 Rt., Ostfriesische 27—30 Rt. — Schweinefette 21—23½ Rt. — Pflaumenmus 6—8 Rt.

Schiffs-Nachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Gravesend, 29. Sept.: Oliva (SD.), Lietz; — von Hartlepool, 28. Sept.: Vertrauen, Boldt; — von Hull, 28. Sept.: Humboldt, Brandt; — von Inverkeithing, 28. Sept.: Marion Roß, Dawson; — von Wick, 26. Sept.: Atalanta, Adams; — 27. Sept.: Jona, Cormack.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 3. Oct. 1867. Wind: SSW.
Angekommen: Lübke, Mathilde, Newcastle; Fernau, Pomerania, Hartlepool; Duncan, Caroline, Sunderland; Schmeer, Concordia, Grimsby; King, William Penn, Sunderland, sämmtlich mit Kohlen. — Net, Compagnie, Fridericia, Ballast, nach Memel bestimmt. — Fyn, Diana, London, Cement. — Nielsen, Samson, Farsund, Heringe. — Bakker, Nina (SD), Amsterdam; Streck, Colberg (SD.), Stettin, beide mit Gütern. — Nantje, Concordia, Harlingen, Ballast.
Gesegelt: Labudda, Anna Emilie, Petersburg, Holz und Ballast. — Lamm, Otto Linck, Portsmouth, Holz.
Den 4. October. Wind: SSW.
Angekommen: Köhn, Seweru s, Shields, Kohlen.
Ankommend: 1 Bark, 1 Brigg, 3 Schooner.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Oct.	Stund.	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
4	8	333,91	+ 5,2	SSW. flau, bedeckt und trübe.
	12	334,08	+ 8,3	SW. do. do. do.

Eisenbahn-Fahrplan.

Danzig-Eydtkuhnen	Cour.-Zug U. M.	Eil-Zug U. M.	Pers.-Zug U. M.	Danzig-Berlin	Cour.-Zug U. M.	Eil-Zug U. M.	Pers.-Zug. U. M.
Abfahrt von:	Morg.	Abds.	Vorm.	Abfahrt v.	Abds.	Mrgs.	Vorm.
Danzig	7 54	7 26	11 41	Danzig	6 57	4 50	11 41
Dirschau	8 59	9 26	1 25	Dirschau	8 10	6 4	2 46
Elbing	10 4	10 52	3 8	Kreuz	1 18	1 28	12 15
Königsberg	12 55	2 24	7 34	Cüstrin	3 18	4 3	4 26
Ankunft in	Nachm	früh	Nachts	Ankunft in	Mrgs.	Abds.	Mrgs.
Eydtkuhnen	4 10	6 32	12 26	Berlin	5 —	6 —	7 15

Ankunft der Züge in Danzig:
Von Eydtkuhnen: Courierzug 9 U. Abds., Eilzug 7 U. 26 M. Morg., Personenzug 4 U. 1 M. Nachm.
Von Berlin: Courierzug 9 U. 49 M. Vorm., Eilzug 10 U. 22 M. Abds, Personenzug 4 U. 1 M. Nachm.

Danzig-Neufahrwasser:

	Von Danzig (Schützenhaus) nach Neufahrwasser:		Von Neufahrwasser nach Danzig:
Erster Zug	7 U. 55 M. Morg.	—	8 U. 37 M. Morg.
Zweiter „	10 „ 18 „ Vorm.	—	11 „ — „ Vorm.
Dritter „	12 „ — „ Mitt.	—	12 „ 45 „ Nachm.
Vierter „	2 „ — „ Nachm.	—	2 „ 45 „ „
Fünfter „	4 „ 30 „ „	—	6 „ 16 „ Abds.
Sechster „	8 „ — „ Abds.	—	8 „ 45 „ „

Statt besonderer Meldung.
Heute wurde meine liebe Frau **Emma**, geb. Caspary, von einem Knaben glücklich entbunden. (7852)
Neustadt i. W./Pr., den 4. October 1867.
J. Borchardt.

Berliner Fonds-Börse vom 3. October.

Eisenbahn-Actien.

Dividende pro 1866.		Zf.	
Aachen-Düsseldorf	4 7/30	3½	— —
Aachen-Mastricht	—	4	30 bz
Amsterdam-Rotterd.	4¾	4	102½ G
Bergisch-Märk. A.	8	4	141½ bz
Berlin-Anhalt	13⅓	4	216¼ G
Berlin-Hamburg	9	4	155½ B
Berlin-Potsd.-Magdbrg.	16	4	216 bz
Berlin-Stettin	8 1/12	4	136 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	58 bz
Bresl.-Schw.-Freib.	9⅛	4	132½ bz
Brieg-Neiße	5½	4	90 bz
Cöln-Minden	9 1/12	4	140 bz
Cosel-Oderbahn (Wilhb.)	2⅓	4	66 bz
do. Stamm-Pr.	4½	4½	80½ bz
do. do.	5	5	84 B
Ludwigsh.-Bexbach	10⅝	4	149⅝ G
Magdeburg-Halberstadt	14	4	184 B
Magdeburg-Leipzig	20	4	253½ G
Mainz-Ludwigshafen	7¾	4	124 bz
Mecklenburger	3	4	72½ G
Niederschl.-Märk.	4	4	88½ B
Niederschl. Zweigbahn	5	4	81⅝ bz
Nordb., Friedr.-Wilhm.	4⅜	4	92¾ bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	12	3½	192 bz
„ Litt. B.	12	3½	163 G
Oester.-Frz.-Staatsb.	7	5	124-125¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	5	5	71 bz
Rheinische	6½	4	115 bz
do. St.-Prior.	6½	4	— —
Rhein-Nahebahn	0	4	26⅛ bz
Russ. Eisenbahn	5	5	74 et bz u B
Stargardt-Posen	4½	4½	93¼ G
Südösterr. Bahnen	7⅓	5	95-96½ bz
Thüringer	7⅝	4	127 et bz

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1866.		Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	13⅛	4½	149½ bz
Berlin. Kassen-Verein	12	4	159 B
Pom. R. Privatbank	5⅛	4	93½ et bz
Danzig	8	4	110½ et bz
Königsberg	7 7/10	4	112 G
Posen	7½	4	99¼ et bz
Magdeburg	5	4	90 B
Disc.-Comm.-Antheil	8	4	103⅛ bz
Berliner HandelseGesell.	8	4	107¾ B
Oesterreich. Credit-	5	5	68¾-70 bz

Preußische Fonds.

Freiwill. Anl.	4½	97⅛ bz
Staatsanl. 1859	5	102¾ bz
Staatsanl. 50/52	4	89⅝ bz
do. 54, 55, 57	4½	97⅛ bz
do. 1859	4½	97⅛ bz
do. 1856	4½	97⅛ bz
do. 1853	4	89⅝ bz
do. 1867	4½	97⅛ bz
Staats-Schuldſ.	3½	83¾ bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	116 bz
Kur- u. N. Schld.	3½	79½ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	101¼ bz
do. do.	4½	97⅛ bz
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	76½ bz
do. neue	4	87 G
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	76¾ B
do. „	4	83¾ bz
Pommersche „	3½	76 bz
do. „	4	87½ bz
Posensche „	4	— —
do. neue	3½	— —
do. do.	4	85⅝ bz
Schlesische „	3½	— —
Westpreuß. Pfdbr.	3½	76 bz
do. neue „	4	82½ bz
do. neueste „	4	— —
do. do. „	4½	90½ bz
Kur- u. N.-Rentenbr.	5	90⅛ bz
Pommer. Rentenbr.	5	90½ B
Posensche „	5	89¼ bz
Preußische „	5	89½ bz
Schlesische „	4	90⅝ bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	45½ B
do. Nat.-Anl.	5	52 bz u G
do. 1854r Loose	4	58 B
do. Creditloose	—	67 et bz
do. 1860r Loose	4	65-½ bz
do. 1864r Loose	—	39½ bz
Insc. b. Stg. 5 Anl.	5	58⅛ bz u G
do. do. 6 Anl.	5	74⅜ bz
Russ.-engl. Anl.	5	85 B
do. do.	3	50 bz
do. do. 1864	5	86 G
do. do. 1862	5	85¼ bz
do. do. 1864 holl.	5	84½ B
Russ.-Poln. Sch.-O.	4	63¾ bz
Cert. L. A. 300 Fl.	5	90 B
Pfdbr. n. i. S.-R.	4	57¾ G
Part.-Obl. 500 Fl.	4	94 B
Amerikaner	6	75⅜-⅝ bz
Hamb. St. Pr.-A.	—	— —
N. Badens. 35 Fl.	—	29 B
Schwd. 10 Thlr.-L.	—	10¼ B

Wechsel-Cours vom 3. Octbr.

Amsterdam kurz	2½	142⅝ bz
do 2 Mon.	2½	142⅛ bz
Hamburg kurz	2½	150¾ G
do. 2 Mon.	2½	150⅜ bz
London 3 Mon.	2	6 23⅜ bz
Paris 2 Mon.	2½	80 11/12 bz
Wien Oester. W. 8 T.	4	81⅞ bz
do. do. 2 M.	4	81 bz
Augsburg 2 M.	4	56 24 bz
Leipzig 8 Tage	4	99¾ G
do. 2 Mon.	3½	99 5/12 G
Frankfurt a. M. 2 M.	3	56 26 bz
Petersburg 3 Woch.	7	92⅜ bz
do. 3 M.	7	91 bz
Warschau 8 Tage	6	83¼ bz
Bremen 8 Tage	3	110½ bz

Gold- und Papiergeld.

Fr. B. m. R. 99⅞ bz	Napol. 5 12⅛ bz
- ohne R. 99¾ bz	Lsd'r. 111¼ G
Oest. östr. W 81⅞ bz	Sovrgs. 6 23¼ G
Poln. Bkn. — —	Goldkron. 9 8½ G
Russ. do. 83⅜ bz	Gold # 466½ G
Dollars 1 12 G	Silber 29 25 bz

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.